



Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen

2007	Ausgegeben zu Erfurt, den 28. Februar 2007	Nr. 1
	Inhalt	Seite
31.01.2007	Thüringer Vorschaltgesetz zur Beamtenbesoldung und Beamtenversorgung	1
04.01.2007	Achte Verordnung zur Änderung der Thüringer Gerichtsvollzieherentschädigungsverordnung.....	3
15.12.2006	Erste Verordnung zur Änderung der Thüringer Verordnung zur Durchführung des Weinrechts.....	3
22.12.2006	Anordnung zur Auflösung der Finanzämter Bad Salzungen, Greiz, Meiningen, Nordhausen, Rudolstadt, Sömmerda, Weimar und Worbis.....	4
14.12.2006	Thüringer Verordnung zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenschutzwohnungen (Thüringer Frauenhausförderverordnung – ThürFHFöVO).....	5
14.12.2006	Thüringer Verordnung zur Förderung von Frauenzentren (Thüringer Frauenzentrenförderverordnung – ThürFZFöVO).....	6
14.12.2006	Thüringer Verordnung zur Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen (Thüringer Gleichstellungsmaßnahmenförderverordnung – ThürGIMFöVO).....	8
11.01.2007	Thüringer Verordnung über den Vollstreckungsplan.....	9
13.02.2007	Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen und über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts.....	11
13.02.2007	Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (ThürBEEGZ-VO).....	14
19.01.2007	Thüringer Verordnung über die Erprobung des "Begleiteten Fahrens ab 17 Jahre".....	14
30.01.2007	Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags über die Veränderung der Grund- und der Aufwandsentschädigung mit Wirkung vom 1. November 2006.....	15
19.12.2006	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten des Staatsvertrages über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Stiftung Kulturfonds.....	16
16.01.2007	Entscheidung des Thüringer Obergerichts.....	16
24.01.2007	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Staatsvertrages zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen zur Änderung des Staatsvertrages über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen.....	16

Thüringer Vorschaltgesetz zur Beamtenbesoldung und Beamtenversorgung Vom 31. Januar 2007

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 Thüringer Gesetz über Einmalzahlungen 2007

§ 1 Geltungsbereich

Dieses Gesetz regelt die Gewährung von Einmalzahlungen im Jahr 2007 für die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Amtsbezügen des Landes sowie für die Beamten und Versorgungsempfänger der Landkreise, Gemeinden, der anderen Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts. Ausgenommen sind die Ehrenbeamten und die ehrenamtlichen Richter.

§ 2 Voraussetzungen und Entstehen des Anspruchs

Die Berechtigten nach § 1 erhalten mit den Bezügen für die Monate April und September 2007 jeweils eine Einmalzahlung, wenn sie in diesen Monaten jeweils mindestens für einen Tag Anspruch auf Besoldung, Amtsbezüge oder laufende Versorgungsbezüge haben. Maßgebend für die Einmalzahlungen sind die Verhältnisse am 1. April bezie-

hungsweise am 1. September 2007. Entsteht der Anspruch auf Bezüge erst im Laufe des April oder des September 2007, so sind die Verhältnisse zu diesem Zeitpunkt jeweils maßgebend. Laufender Versorgungsbezug nach Satz 1 ist nicht der Unfallausgleich nach § 35 des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG).

§ 3 Höhe der Einmalzahlungen

(1) Für Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen betragen die Einmalzahlungen jeweils 250 Euro. Für Anwärter mit Anspruch auf Anwärterbezüge betragen sie jeweils 100 Euro.

(2) Begrenzt dienstfähige Beamte nach § 46 a des Thüringer Beamtengesetzes und Teilzeitbeschäftigte erhalten die Einmalzahlungen entsprechend dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit; § 72a Abs. 1 Satz 2 des Bundesbesoldungsgesetzes findet keine Anwendung. § 3 Abs. 7 des Bundesbesoldungsgesetzes sowie § 2 Satz 2 gelten entsprechend. Die Einmalzahlungen sind bei der Bemessung des Altersteilzeitzuschlags nach § 6 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes zu berücksichtigen.

(3) In den Fällen einer Beurlaubung aus Anlass einer Elternzeit werden bis zur Vollendung des zwölften Lebensmonats des Kindes die Einmalzahlungen gewährt, die ohne die Beurlaubung im jeweiligen Monat zustünden. Zugrunde

zu legen ist der Beschäftigungsumfang am Tag vor Beginn des Urlaubs. Die Sätze 1 und 2 gelten auch, wenn während der Elternzeit eine Teilzeitbeschäftigung ausgeübt wird.

(4) Versorgungsempfänger erhalten als Einmalzahlung den Betrag, der sich nach ihrem Ruhegehaltsatz und den Anteilssätzen des Witwen-, Witwer- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrags aus den Einmalzahlungen nach Absatz 1 Satz 1 ergibt. Für Empfänger von Mindestversorgungsbezügen gilt der Mindestruhegehaltsatz nach § 14 Abs. 4 Satz 1 BeamtVG. § 49 Abs. 8 BeamtVG gilt entsprechend.

§ 4 Konkurrenzregelung

(1) Bei der Anwendung von Ruhens- oder Anrechnungsbestimmungen nach dem Beamtenversorgungsgesetz ist die jeweilige Einmalzahlung oder eine entsprechende Leistung, die der Versorgungsberechtigte aus einer Erwerbstätigkeit oder zu weiteren Versorgungsbezügen erhält, im jeweiligen Auszahlungsmonat zu berücksichtigen. Die bei der Anwendung der Ruhensbestimmungen nach den §§ 53 bis 55 BeamtVG maßgebenden Höchstgrenzen erhöhen sich im Auszahlungsmonat der Einmalzahlungen nach diesem Gesetz um den Betrag der Einmalzahlungen nach § 3 Abs. 4. Bei Anwendung des § 14 Abs. 5 BeamtVG gilt der Betrag der Einmalzahlungen nach § 3 Abs. 4 als erdientes Ruhegehalt.

(2) Die Einmalzahlungen bleiben bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt.

§ 5 Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

Artikel 2 Thüringer Gesetz über ergänzende Bestimmungen zur Beamtenversorgung

§ 1 Geltungsbereich

Für die Versorgung der Beamten und Richter des Landes sowie der Beamten der Landkreise, Gemeinden, der anderen Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts gelten die §§ 2 und 3 ergänzend zum Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG). § 14a BeamtVG wird durch § 4 ersetzt. Verweisungen auf § 14a im Beamtenversorgungsgesetz gelten als Verweisung auf § 4.

§ 2 Ruhegehaltfähigkeit von Dienstbezügen beim Wechsel in die Besoldungsordnung W

Verringern sich bei einem Wechsel in ein Amt der Besoldungsordnung W die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, so

berechnet sich das Ruhegehalt aus den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen des früheren Amtes und der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit, sofern der Beamte die Dienstbezüge des früheren Amtes mindestens drei Jahre erhalten hat. Ruhegehaltfähig ist die zum Zeitpunkt des Wechsels erreichte Stufe des Grundgehalts. Auf die Dreijahresfrist nach § 5 Abs. 3 Satz 1 BeamtVG wird der Zeitraum, in dem der Beamte Dienstbezüge aus einem Amt der Besoldungsordnung W erhalten hat, angerechnet. § 5 Abs. 3 Satz 3, Abs. 4 und 5 Satz 3 BeamtVG gilt entsprechend.

§ 3 Zeiten einer Vertretungsprofessur

Ruhegehaltfähig ist auch die Zeit, in der den Professoren, Hochschuldozenten, Oberassistenten, Obergeringenieuren, Wissenschaftlichen Assistenten und Künstlerischen Assistenten die Wahrnehmung der Aufgaben einer Professur Übergangsweise übertragen war.

§ 4 Vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes

(1) Der nach § 14 Abs. 1 Satz 1, § 36 Abs. 3 Satz 1, § 66 Abs. 2 und § 85 Abs. 4 BeamtVG berechnete Ruhegehaltssatz erhöht sich vorübergehend, wenn der Beamte vor der Vollendung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand getreten ist und er

1. bis zum Beginn des Ruhestandes die Wartezeit von 60 Kalendermonaten für eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt hat,
2. a) wegen Dienstunfähigkeit im Sinne des § 46 Abs. 1 des Thüringer Beamtengesetzes in den Ruhestand versetzt worden ist oder
b) wegen Erreichens einer besonderen Altersgrenze in den Ruhestand getreten ist und das 60. Lebensjahr vollendet hat,
3. einen Ruhegehaltssatz von 66,97 vom Hundert noch nicht erreicht hat und
4. keine Einkünfte im Sinne des § 53 Abs. 7 BeamtVG bezieht; die Einkünfte bleiben außer Betracht, soweit sie durchschnittlich im Monat 325 Euro nicht überschreiten.

(2) Die Erhöhung des Ruhegehaltssatzes beträgt 0,95667 vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge für je zwölf Kalendermonate der für die Erfüllung der Wartezeit nach Absatz 1 Nr. 1 anrechnungsfähigen Pflichtbeitragszeiten, soweit sie nicht von § 50e Abs. 1 BeamtVG erfasst werden, nach Vollendung des 17. Lebensjahres und vor Begründung des Beamtenverhältnisses zurückgelegt wurden und nicht als ruhegehaltfähig berücksichtigt sind. Der hiernach berechnete Ruhegehaltssatz darf 66,97 vom Hundert nicht überschreiten. In den Fällen des § 14 Abs. 3 BeamtVG ist das Ruhegehalt, das sich nach Anwendung der Sätze 1 und 2 ergibt, entsprechend zu vermindern. Für die Berechnung nach Satz 1 sind verbleibende Kalendermonate unter Benutzung des Nenners 12 umzurechnen; § 14 Abs. 1 Satz 2 und 3 BeamtVG gilt entsprechend.

(3) Die Erhöhung fällt spätestens mit Ablauf des Monats weg, in dem der Ruhestandsbeamte das fünfundsiebzehnte

Lebensjahr vollendet. Sie endet vorher, wenn der Ruhestandsbeamte

1. eine Versichertenrente der gesetzlichen Rentenversicherung bezieht, mit Ablauf des Tages vor dem Beginn der Rente, oder
2. in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 Buchst. a nicht mehr dienstunfähig ist, mit Ablauf des Monats, in dem ihm der Wegfall der Erhöhung mitgeteilt wird, oder
3. ein Erwerbseinkommen bezieht, mit Ablauf des Tages vor dem Beginn der Erwerbstätigkeit.

§ 35 Abs. 3 Satz 2 BeamtVG gilt sinngemäß.

(4) Die Erhöhung des Ruhegehaltssatzes wird auf Antrag vorgenommen. Anträge, die innerhalb von drei Monaten nach Eintritt des Beamten in den Ruhestand gestellt werden, gelten als zum Zeitpunkt des Ruhestandseintritts gestellt. Wird der Antrag zu einem späteren Zeitpunkt gestellt, so tritt die Erhöhung ab dem Beginn des Antragsmonats an ein.

(5) § 69e Abs. 2 und 3 BeamtVG findet Anwendung.

§ 5

Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

Artikel 3

Stellenobergrenzen

Abweichend von Artikel 10 Abs. 2 des Besoldungsstrukturgesetzes (BesStruktG) vom 21. Juni 2002 (BGBl. I S. 2138) finden die Verordnungen nach Artikel 10 Abs. 1 Nr. 3 und 4 BesStruktG über den 1. Juli 2007 hinaus Anwendung. Sie können durch Rechtsverordnung der Landesregierung nach § 26 Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes abgelöst werden.

Artikel 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Artikel 3 tritt nach Ablauf des 60. auf die Verkündung folgenden Kalendermonats außer Kraft.

Erfurt, den 31. Januar 2007
Die Präsidentin des Landtags
Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski

Achte Verordnung zur Änderung der Thüringer Gerichtsvollzieherentschädigungsverordnung Vom 4. Januar 2007

Aufgrund des § 49 Abs. 3 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch § 19 des Gesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2039), in Verbindung mit § 1 Satz 1 Nr. 9 der Thüringer Ermächtigungsübertragungsverordnung Justiz vom 25. Oktober 2004 (GVBl. S. 846) verordnet das Justizministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium:

Artikel 1

Die Thüringer Gerichtsvollzieherentschädigungsverordnung vom 23. Dezember 1998 (GVBl. 1999 S. 41), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Mai 2006 (GVBl. S. 297), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe "2005 auf 50,8 v. H." durch die Angabe "2006 auf 47,6 v. H." ersetzt.
2. In § 3 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe "2005 20 600 Euro" durch die Angabe "2006 19 500 Euro" ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2006 in Kraft.

Erfurt, den 4. Januar 2007

Der Justizminister

Harald Schliemann

Erste Verordnung zur Änderung der Thüringer Verordnung zur Durchführung des Weinrechts Vom 15. Dezember 2006

Aufgrund des § 3 Abs. 4 des Weingesetzes in der Fassung vom 16. Mai 2001 (BGBl. I S. 985), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 1. September 2005 (BGBl. I S. 2618), in Verbindung mit § 1 der Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen auf dem Gebiet des Weinrechts vom 12. Oktober 2001 (GVBl. S. 306), geändert durch Artikel 2 der Ver-

ordnung vom 16. März 2005 (GVBl. S. 144), verordnet das Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Artikel 1

Anlage 1 der Thüringer Verordnung zur Durchführung des Weinrechts vom 16. März 2005 (GVBl. S. 144) erhält folgende Fassung:

**"Anlage 1
(zu § 1 Abs. 1)**

**Abgrenzung des zu Thüringen gehörenden Teils des bestimmten
Anbaugebiets Saale-Unstrut
(nach Gemeinden)**

1. Kreisfreie Städte

Erfurt
Jena

2. Saale-Holzland-Kreis

Camburg
Dornburg
Dorndorf-Steudnitz
Golmsdorf
Graitschen
Neuengönna
Orlamünde
Schöngleina
Seitenroda
Wichmar

3. Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

Bad Blankenburg

4. Landkreis Sömmerda

Rastenberg

5. Unstrut-Hainich-Kreis

Großvargula

6. Landkreis Weimarer Land

Auerstedt
Bad Sulza
Großheringen
Hopfgarten
Kaatschen
Kromsdorf
Niedertrebra
Wickerstedt"

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Erfurt, den 15. Dezember 2006

Der Minister für Landwirtschaft,
Naturschutz und Umwelt

Dr. Volker Sklenar

**Anordnung
zur Auflösung der Finanzämter Bad Salzungen, Greiz, Meiningen, Nordhausen,
Rudolstadt, Sömmerda, Weimar und Worbis
Vom 22. Dezember 2006**

Aufgrund des Artikels 90 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen vom 25. Oktober 1993 (GVBl. S. 625), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2004 (GVBl. S. 745), ordnet die Landesregierung an:

§ 1**Auflösung von Finanzämtern**

Die Finanzämter Bad Salzungen, Greiz, Meiningen, Nordhausen, Rudolstadt, Sömmerda, Weimar und Worbis werden aufgelöst.

§ 2**Inkrafttreten**

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft.

Erfurt, den 22. Dezember 2006

Die Landesregierung

Der Ministerpräsident

Dieter Althaus

Die Finanzministerin

Birgit Diezel

**Thüringer Verordnung
zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenschutzwohnungen
(Thüringer Frauenhausförderverordnung – ThürFHFöVO)
Vom 14. Dezember 2006**

Aufgrund des § 4 Abs. 4 des Thüringer Chancengleichheitsfördergesetzes vom 16. Dezember 2005 (GVBl. S. 365 -368-) verordnet das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit:

§ 1

Gegenstand der Förderung

(1) Das Land kann nach Maßgabe dieser Rechtsverordnung, des § 44 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) und der auf Grund dieser Bestimmung erlassenen Verwaltungsvorschriften Zuwendungen zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenschutzwohnungen in Thüringen gewähren.

(2) Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht. Über die Förderung entscheidet das Land nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

(3) Zweck und Ziel der Förderung ist es, ein am tatsächlichen Bedarf im Rahmen der kommunalen Pflichtaufgaben nach § 17 Abs. 1 Nr. 2 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch, den §§ 6, 16 Abs. 2, 22, 36 und 36a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch sowie den §§ 29, 67 und 68 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch orientiertes Angebot an Frauenhäusern und -schutzwohnungen durch Zuwendungen des Landes zu unterstützen.

§ 2

Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können gemeinnützige rechtsfähige Personenvereinigungen des privaten Rechts und Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Sitz in Thüringen sein, die Träger von nach § 3 als förderwürdig anerkannten Frauenhäusern und Frauenschutzwohnungen sind.

§ 3

**Anerkennung von Frauenhäusern und
Frauenshutzwohnungen**

(1) Eine Einrichtung, die von Gewalt bedrohten oder betroffenen Frauen und ihren Kindern Schutz, Beratung, Unterstützung und bei Bedarf Unterkunft gewährt, soll auf schriftlichen Antrag ihres Trägers als förderungswürdig anerkannt werden, wenn die personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung vorliegen. Dies ist dann der Fall, wenn

1. die Anerkennung vom örtlichen Träger der Sozialhilfe sowie der zuständigen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten befürwortet wird,
2. Fachpersonal mit einem Berufsabschluss als Diplom-Pädagogin oder einem vergleichbaren Magister-, Bachelor- oder Masterabschluss, als staatlich anerkannte Diplom-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin oder einem vergleichbaren Bachelor- oder Masterabschluss, als staatlich anerkannte Erzieherin, Fachkraft für soziale Arbeit bzw. Fachkraft mit gleichwertiger Ausbildung, die aufgrund gleicher Fähigkeiten und Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausübt, beschäftigt wird,

3. grundsätzlich ein Betreuungsschlüssel von 1:8 (eine Vollbeschäftigteneinheit pro acht Unterkunftsplätzen) angeboten wird,
4. Unterkunftsplätze in bedarfsgerechter Anzahl im Hinblick auf den Einzugsbereich der Einrichtung vorgehalten werden, wobei als bedarfsgerecht grundsätzlich ein Unterkunftsplatz pro 10.000 Einwohner gilt,
5. eine 24-stündige telefonische Erreichbarkeit und Aufnahmebereitschaft der Einrichtung sichergestellt ist und
6. die ambulante Beratung und nachgehende Betreuung sichergestellt sind.

(2) Die Anerkennung kann widerrufen werden, wenn eine Anerkennungsvoraussetzung nach Absatz 1 wegfällt. Der Träger der als anerkannt geltenden Einrichtung ist verpflichtet, dem für die Gleichstellung von Mann und Frau zuständigen Ministerium unverzüglich nach Kenntnis den Wegfall der Anerkennungsvoraussetzung mitzuteilen.

§ 4

Art und Umfang der Förderung

(1) Für das Jahr 2007 kann das Land den anerkannten Einrichtungen eine Zuwendung zu den zuwendungsfähigen Ausgaben im Rahmen einer Projektförderung als nicht zurückzahlbare Zuwendung in Form einer Festbetragsfinanzierung bewilligen. Die Zuwendung wird als Pauschale gewährt und beträgt 2 800 Euro je Frauenhausplatz. Zuwendungsfähig sind die Personalausgaben.

(2) Bemessungsgrundlage der Ausgaben nach Absatz 1 ist bei einem grundsätzlichen Betreuungsschlüssel von 1:8 die Anzahl der als bedarfsgerecht anerkannten und mit den örtlichen Sozialhilfeträgern vereinbarten, vorgehaltenen Unterkunftsplätze.

§ 5

**Bewilligung, Auszahlung, Abrechnung sowie
Nachweis und Prüfung der Verwendung**

(1) Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung, die Aufhebung des Zuwendungsbescheids oder die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die zuwendungsrechtlichen Bestimmungen des Landes, insbesondere des § 44 ThürLHO und die auf Grund dieser Bestimmung erlassenen Verwaltungsvorschriften des für Finanzen zuständigen Ministeriums sowie die entsprechenden Regelungen der jeweiligen Haushaltsgesetze.

(2) Der vollständige Antrag soll bis zum 31. März 2007 bei der Bewilligungsbehörde eingereicht werden. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. der Kosten- und Finanzierungsplan einschließlich Personal- und Sachausgaben,
2. die Kopie der Satzung,
3. die aktuelle Bescheinigung des Finanzamtes zu Gemeinnützigkeit und Steuern und
4. die rechtsverbindlichen schriftlichen Nachweise der Zuschüsse anderer Zuwendungsgeber.

§ 6

Ausschluss und Begrenzung der Förderung

(1) Eine Förderung ist insoweit ausgeschlossen, wie die Kosten durch Zuwendungen aus anderen öffentlichen Bundes-, Landes- oder Kommunalmitteln, insbesondere nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, gedeckt werden.

(2) Die Zuwendung nach dieser Verordnung darf einen Gesamtbetrag von 110 000 Euro pro Einrichtung nicht überschreiten.

§ 7

Zuständigkeit und Datenerhebung

(1) Für die Förderung von Frauenhäusern und Frauenschutzwohnungen, einschließlich der Anerkennung dieser Einrichtungen ist die Beauftragte für die Gleichstellung von Frau und Mann beim Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit oder eine von ihr benannte andere Stelle zuständig.

(2) Die Stelle nach Absatz 1 darf personenbezogene Daten der bei den geförderten Einrichtungen tätigen Personen erheben, soweit dies für die Anerkennung nach § 3 oder die Bewilli-

gung, Auszahlung, den Nachweis oder die Prüfung der Verwendung von Fördermitteln auf Grund dieser Verordnung erforderlich ist.

§ 8

Evaluierung und Nachsteuerung

Die örtlichen Träger der Sozialhilfe und das für die Gleichstellung von Frau und Mann zuständige Ministerium überprüfen die Auslastung der Frauenschutzeinrichtungen, insbesondere bezüglich der Unterkunfts- und Beratungsleistungen.

§ 9

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2007 außer Kraft.

Erfurt, den 14. Dezember 2006

Der Minister für Soziales,
Familie und Gesundheit

Klaus Zeh

**Thüringer Verordnung
zur Förderung von Frauenzentren
(Thüringer Frauenzentrenförderverordnung – ThürFZFöVO)
Vom 14. Dezember 2006**

Aufgrund des § 5 Abs. 4 des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes vom 16. Dezember 2005 (GVBl. S. 365 -368-) verordnet das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit:

§ 1

Gegenstand der Förderung

(1) Das Land kann nach Maßgabe dieser Rechtsverordnung, des § 44 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) und der auf Grund dieser Bestimmung erlassenen Verwaltungsvorschriften Zuwendungen zur Förderung von Frauenzentren gewähren.

(2) Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht. Über die Förderung in Form einer Anteilsfinanzierung wird unter Beachtung der verfügbaren Haushaltsmittel entschieden.

(3) Zweck und Ziel der Förderung ist es, ein am tatsächlichen Bedarf orientiertes Angebot an Frauenzentren im Sinne des § 5 Abs. 1 des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes durch Zuwendungen des Landes zu unterstützen.

§ 2

Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können gemeinnützige rechtsfähige Personenvereinigungen des privaten Rechts sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Sitz in Thüringen sein, die Träger von nach § 3 als förderwürdig anerkannten Frauenzentren sind.

§ 3

Anerkennung von Frauenzentren

(1) Eine Einrichtung, die die Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes erfüllt, soll auf schriftlichen Antrag ihres Trägers als förderungswürdig anerkannt werden, sofern die personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung vorliegen. Dies ist dann der Fall, wenn

1. die Anerkennung von der zuständigen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten befürwortet wird,
2. Fachpersonal mit einem Berufsabschluss als Diplom-Pädagogin oder einem vergleichbaren Magister-, Bachelor- oder Masterabschluss, als staatlich anerkannte Diplom-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin oder einem vergleichbaren Bachelor- oder Masterabschluss, als staatlich anerkannte Erzieherin, Fachkraft für soziale Arbeit bzw. Fachkraft mit gleichwertiger Ausbildung, die aufgrund gleicher Fähigkeiten und Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausübt, beschäftigt wird,
3. die Einrichtung als Ort der Begegnung, Kommunikation, Information, Bildung und Kultur für Frauen betrieben und ein vielfältiges Angebot an Kursen, Veranstaltungen sowie Seminaren angeboten wird,
4. Beratung und Begleitung für Frauen in schwierigen Lebenslagen angeboten wird,
5. an Werktagen tägliche Öffnungszeiten gewährleistet werden,
6. Selbsthilfegruppen der Zugang und die Nutzung der Einrichtung ermöglicht wird und
7. eine enge Zusammenarbeit mit anderen Beratungseinrichtungen und Institutionen erfolgt.

(2) Die Anerkennung kann widerrufen werden, wenn eine Anerkennungsvoraussetzung nach Absatz 1 wegfällt. Der Träger der als anerkannt geltenden Einrichtung ist verpflichtet, dem für die Gleichstellung von Mann und Frau zuständigen Ministerium unverzüglich nach Kenntnis den Wegfall der Anerkennungsvoraussetzung mitzuteilen.

§ 4

Art und Umfang der Förderung

(1) Das Land kann den anerkannten Einrichtungen eine Zuwendung zu den zuwendungsfähigen Ausgaben im Rahmen einer Projektförderung als nicht rückzahlbare Zuwendung in Form einer Anteilsfinanzierung in Höhe von bis zu 50 vom Hundert pro Jahr gewähren. Zuwendungsfähig sind die Personalausgaben des Trägers. Je Einrichtung können maximal zwei Vollzeitkräfte pro Jahr gefördert werden.

(2) Zuwendungsfähige Sachausgaben sind Mieten und Nebenausgaben, wie Müllgebühren oder Ausgaben für Energie, Wasser und Heizung, Telefonentgelte, Bürobedarf und Porto. Für Fortbildung und Supervision sind die Teilnahmegebühren oder die Honorare der Referentinnen einschließlich deren Fahrtkosten zuwendungsfähig. Die Ersatzbeschaffung von Büroausstattung kann bis zu 50 vom Hundert und höchstens bis zu 1 000 Euro pro Jahr gefördert werden.

(3) Personal- und Sachausgaben sind nicht gegenseitig deckungsfähig.

§ 5

Bewilligung, Auszahlung, Abrechnung sowie Nachweis und Prüfung der Verwendung

(1) Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung, die Aufhebung des Zuwendungsbescheids oder die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die zuwendungsrechtlichen Bestimmungen des Landes, insbesondere des § 44 ThürLHO und die auf Grund dieser Bestimmung erlassenen Verwaltungsvorschriften des für Finanzen zuständigen Ministeriums sowie die entsprechenden Regelungen der jeweiligen Haushaltsgesetze.

(2) Die Bewilligung der Zuwendung bedarf eines schriftlichen Antrags. Der vollständige Antrag soll bis zum 31. März eines Jahres bei der Bewilligungsbehörde eingereicht werden. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. die Projektbeschreibung/Konzeption,
2. der Nachweis der Vereinseintragung,
3. der Nachweis über das Eigentums-, Miet- oder Pachtverhältnis des Objekts,
4. der Stellenplan,
5. der Haushalts- und Wirtschaftsplan,
6. der Kosten- und Finanzierungsplan,
7. die Befürwortung der zuständigen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten,

8. der Nachweis der Sicherung der Gesamtfinanzierung durch rechtsverbindliche Mitfinanzierungserklärungen,
9. eine Erklärung darüber, ob der Zuwendungsempfänger allgemein oder für das betreffende Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes berechtigt ist; bei Berechtigung hat er im Finanzierungsplan oder im Haushalts- oder Wirtschaftsplan die sich ergebenden Vorteile auszuweisen und
10. eine Erklärung darüber, dass der Zuwendungsempfänger seinen gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern nachgekommen ist.

§ 6

Ausschluss und Begrenzung der Förderung

(1) Eine Förderung ist insoweit ausgeschlossen, wie die Kosten durch Zuwendungen aus anderen öffentlichen Bundes-, Landes- oder Kommunalmitteln gedeckt werden.

(2) Die Zuwendung je Einrichtung darf bei der Förderung von Personal- und Sachkosten einen Gesamtbetrag von 45 000 Euro im Jahr nicht überschreiten.

§ 7

Zuständigkeit und Datenerhebung

(1) Für die Förderung von Frauenzentren, einschließlich der Anerkennung dieser Einrichtungen ist die Beauftragte für die Gleichstellung von Frau und Mann beim Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit oder eine von ihr benannte andere Stelle zuständig.

(2) Die Stelle nach Absatz 1 darf personenbezogene Daten der bei den geförderten Einrichtungen tätigen Personen erheben, soweit dies für die Anerkennung nach § 3 oder die Bewilligung, Auszahlung, den Nachweis oder die Prüfung der Verwendung von Fördermitteln auf Grund dieser Verordnung erforderlich ist.

§ 8

Gleichstellungsklausel

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 9

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2011 außer Kraft.

Erfurt, den 14. Dezember 2006

Der Minister für Soziales,
Familie und Gesundheit

Klaus Zeh

**Thüringer Verordnung
zur Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen
(Thüringer Gleichstellungsmaßnahmenförderverordnung – ThürGIMFöVO)
Vom 14. Dezember 2006**

Aufgrund des § 3 Abs. 3 des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes vom 16. Dezember 2005 (GVBl. S. 365 -368-) verordnet das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit:

§ 1

Gegenstand der Förderung

Nach Maßgabe dieser Verordnung sowie der §§ 23 und 44 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) sowie der auf Grund dieser Bestimmung erlassenen Verwaltungsvorschriften können Maßnahmen nach § 3 Abs. 1 des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes gefördert werden.

§ 2

Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können gemeinnützige rechtsfähige Personenvereinigungen des privaten Rechts sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Sitz in Thüringen sein.

§ 3

Art und Umfang der Förderung

(1) Das Land gewährt den Maßnahmeträgern eine Zuwendung zu den zuwendungsfähigen Ausgaben im Rahmen einer Projektförderung als nicht rückzahlbaren Zuschuss in Form der Anteilsfinanzierung. Der Zuwendungsgeber entscheidet über die Zuwendung nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

(2) Eine Zuwendung setzt voraus, dass der Maßnahmeträger die personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Durchführung der Maßnahme sicherstellt und die zuständige kommunale Gleichstellungsbeauftragte diese befürwortet. Zuwendungen werden grundsätzlich für Maßnahmen gewährt, deren zuwendungsfähige Ausgaben 200 Euro übersteigen und an denen in der Regel mindestens fünfzehn Personen, in Kommunen mit weniger als 10 000 Einwohnern mindestens acht Personen, teilnehmen. Die Teilnehmerbeiträge sollen dabei in einem angemessenen Verhältnis zu den Gesamtausgaben der Veranstaltung stehen.

(3) Zuwendungsfähige Ausgaben sind die Ausgaben des Maßnahmeträgers für

1. Fahrtkosten und Kosten der Unterkunft, soweit sie nach dem Thüringer Reisekostengesetz erstattungsfähig wären,
2. Honorare der Referenten,
3. sächliche Verwaltungsaufwendungen für Einladungen, Werbung für die Veranstaltung, Miete für Veranstaltungsräume und Veranstaltungstechnik, GEMA-Gebühren, Porto, Telefon, Büromaterial, Dokumentationen und
4. bedarfsgerechte Kinderbetreuung.

(4) Die Höhe der Zuwendung kann grundsätzlich bis zu 50 vom Hundert der zuwendungsfähigen Ausgaben betragen. Referentenhonorare können höchstens bis zu einem Betrag von 200 Euro pro Tag gefördert werden. Ausgaben für Kinderbetreu-

ung können mit bis zu einem Betrag von 5 Euro pro Stunde und Betreuung gefördert werden.

(5) Nicht zuwendungsfähig sind Maßnahmen, die der verbands-internen Arbeit satzungsgemäßer Gremien dienen.

§ 4

**Bewilligung, Auszahlung, Abrechnung sowie
Nachweis und Prüfung der Verwendung**

(1) Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung, die Aufhebung des Zuwendungsbescheids oder die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die zuwendungsrechtlichen Bestimmungen des Landes, insbesondere des § 44 ThürLHO und die auf Grund dieser Bestimmung erlassenen Verwaltungsvorschriften des für Finanzen zuständigen Ministeriums sowie die entsprechenden Regelungen der jeweiligen Haushaltsgesetze.

(2) Die Bewilligung der Zuwendung bedarf eines schriftlichen Antrags. Der vollständige Antrag muss bis zum 31. März eines Jahres bei der Bewilligungsbehörde eingereicht werden. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. die Projektbeschreibung/Konzeption,
2. der Kosten- und Finanzierungsplan,
3. die Befürwortung der zuständigen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten,
4. der Nachweis der Sicherung der Gesamtfinanzierung,
5. eine Erklärung darüber, ob der Zuwendungsempfänger allgemein oder für das betreffende Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes berechtigt ist; bei Berechtigung hat er im Finanzierungsplan oder im Haushalts- und Wirtschaftsplan die sich ergebenden Vorteile auszuweisen, und
6. eine Erklärung darüber, dass der Zuwendungsempfänger seinen gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern nachgekommen ist.

§ 5

Ausschluss der Förderung

Eine Förderung ist in der Höhe ausgeschlossen, wie die Kosten durch eigene Mittel und Zuwendungen anderer gedeckt werden.

§ 6

Zuständigkeit und Datenerhebung

(1) Für die Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen ist die Beauftragte für die Gleichstellung von Frau und Mann beim Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit oder eine von ihr benannte andere Stelle zuständig.

(2) Die Stelle nach Absatz 1 darf personenbezogene Daten der bei den Zuwendungsempfängern tätigen oder von ihnen beauftragten Personen erheben, soweit dies für die Bewilligung, Auszahlung, den Nachweis oder die Prüfung der Verwendung

von Fördermitteln auf Grund dieser Verordnung erforderlich ist.

§ 7 Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 8 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2011 außer Kraft. Gleichzei-

tig mit dem Inkrafttreten der Verordnung treten die Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen zur Gleichstellung von Frau und Mann vom 1. Dezember 2003 (StAnz. Nr. 51 S. 2571) außer Kraft.

Erfurt, den 14. Dezember 2006

Der Minister für Soziales,
Familie und Gesundheit

Klaus Zeh

Thüringer Verordnung über den Vollstreckungsplan Vom 11. Januar 2007

Aufgrund des § 152 Abs. 1 des Strafvollzugsgesetzes (StVollzG) vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 581, 2088; 1977 I S. 436), zuletzt geändert durch Artikel 91 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407), und des § 7 Abs. 2 Satz 1 des Verkündungsgesetzes vom 30. Januar 1991 (GBl. S. 2) verordnet das Justizministerium:

§ 1 Vollzug der Untersuchungshaft an männlichen Personen

(1) Untersuchungshaft an männlichen Personen im Alter von 14 bis unter 18 Jahren wird in der Zweiganstalt Weimar der Jugendstrafanstalt Ichtershausen vollzogen.

(2) Untersuchungshaft an männlichen Personen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren wird aus

1. den Landgerichtsbezirken Erfurt und Meiningen in der Justizvollzugsanstalt Goldlauter und
2. den Landgerichtsbezirken Gera und Mühlhausen in der Zweiganstalt Weimar der Jugendstrafanstalt Ichtershausen vollzogen.

(3) Untersuchungshaft an männlichen Personen im Alter ab 21 Jahren wird aus

1. den Landgerichtsbezirken Erfurt und Meiningen in der Justizvollzugsanstalt Goldlauter,
2. dem Landgerichtsbezirk Gera in der Justizvollzugsanstalt Gera und
3. dem Landgerichtsbezirk Mühlhausen in der Justizvollzugsanstalt Tonna vollzogen.

§ 2 Vollzug der Freiheitsstrafe und der Sicherungsverwahrung an männlichen Personen

(1) Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren an männlichen Gefangenen wird wie folgt vollstreckt:

1. Erstvollzug :
 - a) bis zu einem Jahr in der Justizvollzugsanstalt Goldlauter,
 - b) von mehr als einem Jahr in der Justizvollzugsanstalt Hohenleuben,

2. Regelvollzug :

- a) bis zu sechs Monaten aus dem Landgerichtsbezirk Gera in der Justizvollzugsanstalt Gera,
- b) bis zu zwei Jahren und sechs Monaten, ausgenommen Buchstabe a), in der Justizvollzugsanstalt Untermaßfeld,
- c) von mehr als zwei Jahren und sechs Monaten in der Justizvollzugsanstalt Tonna.

(2) Verurteilte, die im In- und Ausland bisher noch keine Freiheits- oder Jugendstrafe verbüßt haben und bei denen keine freiheitsentziehende Maßregel der Besserung angeordnet war oder ist, sind in den Erstvollzug, die übrigen Verurteilten in den Regelvollzug einzuweisen. Ersatzfreiheitsstrafe gilt in diesem Fall nicht als Freiheitsstrafe. § 24 Abs. 4 der Strafvollstreckungsordnung (StVollstrO) in der Fassung vom 1. April 2001 (VV vom 29. März 2001 - JMBL. Nr. 2 S. 32-) in der jeweils geltenden Fassung bleibt unberührt.

(3) Freiheitsstrafe an männlichen Gefangenen, gegen die im Anschluss Sicherungsverwahrung angeordnet ist, wird in der Justizvollzugsanstalt Tonna vollstreckt. Sicherungsverwahrung an männlichen Personen wird in der Justizvollzugsanstalt Tonna vollzogen.

(4) Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren und lebenslange Freiheitsstrafe an männlichen Gefangenen wird in der Justizvollzugsanstalt Tonna vollstreckt.

(5) Ersatzfreiheitsstrafe bei männlichen Gefangenen, gegen die ausschließlich die Ersatzfreiheitsstrafe zu vollstrecken ist, wird wie folgt vollstreckt:

1. aus dem Landgerichtsbezirk Gera in der Justizvollzugsanstalt Gera,
2. aus den Landgerichtsbezirken Erfurt, Meiningen und Mühlhausen in der Justizvollzugsanstalt Goldlauter.

(6) Wenn sie den besonderen Anforderungen des offenen Vollzugs genügen, sollen männliche Strafgefangene aus den Justizvollzugsanstalten Gera, Goldlauter, Hohenleuben, Tonna und Untermaßfeld in die Abteilungen für den offenen Vollzug bei den Justizvollzugsanstalten Goldlauter, Hohenleuben und Tonna aufgrund der Entscheidung des Leiters der abgebenden Anstalt und mit Zustimmung des Leiters der aufnehmenden Anstalt verlegt werden.

(7) Männliche Strafgefangene, die nach § 9 Abs. 1 Satz 1 StVollzG in eine sozialtherapeutische Anstalt zu verlegen sind, sind aufgrund der Entscheidung des Leiters der abgebenden Anstalt in die sozialtherapeutische Abteilung der Justizvollzugsanstalt Tonna zu verlegen. Männliche Strafgefangene, die nach § 9 Abs. 2 StVollzG in eine sozialtherapeutische Anstalt verlegt werden sollen, können aufgrund der Entscheidung des Leiters der abgebenden Anstalt und mit Zustimmung des Leiters der Justizvollzugsanstalt Tonna in die sozialtherapeutische Abteilung der Justizvollzugsanstalt Tonna verlegt werden.

§ 3

Vollzug der Jugendstrafe an männlichen Gefangenen

(1) Jugendstrafe an männlichen Gefangenen wird, mit Ausnahme des Absatzes 2, in der Stammanstalt der Jugendstrafanstalt Ichtershausen vollstreckt.

(2) Jugendstrafe an männlichen Gefangenen im Alter von 14 bis unter 16 Jahren aus dem Einzugsbereich des Amtsgerichts Weimar wird in der Zweiganstalt Weimar der Jugendstrafanstalt Ichtershausen vollstreckt.

§ 4

Vollzug der Untersuchungs-, Ordnungs-, Sicherungs-, Zwangs-, Erzwingungs- und Abschiebungshaft sowie der Freiheits- und Jugendstrafe an weiblichen Personen

(1) Bei weiblichen Personen wird für den Vollzug der Untersuchungs-, Ordnungs-, Sicherungs-, Zwangs-, Erzwingungs- und Abschiebungshaft sowie der Freiheits- und Jugendstrafe gemäß der am 3. Februar/2. März 2004 abgeschlossenen Vereinbarung mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz bis auf Weiteres die sächsische Justizvollzugsanstalt Chemnitz, Teilanstalt Reichenhain, in Anspruch genommen.

(2) Wenn sie den besonderen Anforderungen des offenen Vollzugs genügen, sollen weibliche Strafgefangene aufgrund der Entscheidung des Leiters der abgebenden Anstalt in die Abteilung für den offenen Vollzug bei der Justizvollzugsanstalt Untermmaßfeld verlegt werden.

§ 5

Ordnungs-, Sicherungs-, Zwangs- und Erzwingungshaft an männlichen Personen

Für den Vollzug von Ordnungs-, Sicherungs-, Zwangs- und Erzwingungshaft an männlichen Personen gilt § 1 entsprechend.

§ 6

Freizeit-, Kurz- und Dauerarrest

(1) Freizeit-, Kurz- und Dauerarrest an männlichen Jugendlichen wird in der Jugendarrestanstalt Weimar vollzogen.

(2) Freizeit-, Kurz- und Dauerarrest an weiblichen Jugendlichen wird gemäß der am 3. Februar/2. März 2004 abgeschlossenen Vereinbarung mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz in der Jugendarrestabteilung der Justizvollzugsanstalt Zwickau vollzogen.

§ 7

Sicherungsverwahrung an weiblichen Personen

Sicherungsverwahrung an weiblichen Personen wird nach § 140 Abs. 3 StVollzG in der Justizvollzugsanstalt vollzogen, in der zuvor die Freiheitsstrafe vollstreckt wurde.

§ 8

Vollzug von Abschiebungshaft an männlichen Personen

Abschiebungshaft an männlichen Personen wird im Wege der Amtshilfe bis auf Weiteres in der Justizvollzugsanstalt Goldlauter vollzogen.

§ 9

Vollzug von Auslieferungshaft

Auslieferungshaft an männlichen Personen wird in der Justizvollzugsanstalt Goldlauter vollzogen.

§ 10

Vollzug von Durchgangshaft

Weibliche und männliche Transportgefangene werden in der Justizvollzugsanstalt Gera untergebracht. Die Zuständigkeit der Transportbehörden nach den Nummern 3 und 4 der Gefangenentransportvorschrift (VV vom 12. April 2002 - JMBL. Nr. 4 S. 54 -) bleibt hiervon unberührt.

§ 11

Vollzug von Strafarrest

Strafarrest für Soldaten der Bundeswehr wird in der Justizvollzugsanstalt Goldlauter vollzogen.

§ 12

Abweichen vom Vollstreckungsplan

(1) Verlegungen in Abweichung von diesem Vollstreckungsplan sind aus den in § 8 Abs. 1 und den §§ 9, 65 und 85 StVollzG, der Nummer 14 Abs. 3 der Untersuchungshaftvollzugsordnung (UVollzO) (VV vom 11. Oktober 1990 - JMBL. 1991 Nr. 1 S. 9-) in der jeweils geltenden Fassung und den in Nummer 4 Abs. 1 und Nummer 76 Abs. 1 der bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschriften zum Jugendstrafvollzug (VV vom 11. Oktober 1990 - JMBL. 1991 Nr. 1 S. 9-) in der jeweils geltenden Fassung genannten Gründen zulässig. Die jeweils geltenden Zustimmungserfordernisse bleiben davon unberührt [§ 9 Abs. 2 Satz 2 und § 153 StVollzG, die bundeseinheitliche Verwaltungsvorschrift zu § 85 StVollzG (VV vom 11. Oktober 1990 - JMBL. 1991 Nr. 1 S. 9-) in der jeweils geltenden Fassung, § 26 StVollstrO, Nummer 66 UVollzO und Nummer 76 Abs. 2 der bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschriften zum Jugendstrafvollzug].

(2) Aus den in Absatz 1 Satz 1 genannten Gründen kann die zuständige Vollstreckungsbehörde mit Zustimmung des für den Justizvollzug zuständigen Ministeriums auch in eine andere als nach diesem Vollstreckungsplan zuständige Justizvollzugsanstalt einweisen (§ 153 StVollzG, § 26 StVollstrO).

(3) Soll abweichend von § 24 StVollstrO eine Vollzugsanstalt bestimmt werden, die einer höheren Vollzugsbehörde eines

anderen Landes untersteht, so bedarf es der Einigung der obersten Behörden der beteiligten Landesjustizverwaltungen (§ 26 Abs. 2 Satz 3 StVollstrO).

§ 13

Unterbringung von kranken Gefangenen

(1) Über die Unterbringung von Verurteilten, die aufgrund amtsärztlicher Feststellung ihre Freiheitsstrafe nur in einer Justizvollzugsanstalt mit angeschlossener Krankenabteilung verbüßen können, entscheidet das für den Justizvollzug zuständige Ministerium im Einzelfall.

(2) Gefangene, die einer vorübergehenden stationären medizinischen Behandlung außerhalb der zuständigen Justizvollzugsanstalt bedürfen, sind gemäß der am 3. Februar/2. März 2004 abgeschlossenen Vereinbarung mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz in die Justizvollzugsanstalt Leipzig mit Krankenhaus, gemäß der am 7. Juni/2. Juli 1991 abgeschlossenen Vereinbarung mit dem Ministerium der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt in die Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt

Naumburg oder gemäß der am 10./21. Februar 2003 abgeschlossenen Vereinbarung mit dem Hessischen Ministerium der Justiz in das Zentralkrankenhaus bei der Justizvollzugsanstalt Kassel I zu verlegen, sofern sie transportfähig sind. TBC-kranke Gefangene sind gemäß der am 21. März/1. April 2003 abgeschlossenen Vereinbarung mit dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz in die TBC-Abteilung der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth zu verlegen, sofern sie transportfähig sind. In jedem Einzelfall ist vorab das Einvernehmen mit der aufnehmenden Justizvollzugseinrichtung herzustellen.

§ 14

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2010 außer Kraft.

Erfurt, den 11. Januar 2007

Der Justizminister

Harald Schliemann

Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen und über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts Vom 13. Februar 2007

Aufgrund des § 6a Abs. 6 Satz 4 und Abs. 7 des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1958), des § 3 Abs. 1a sowie des § 88 Abs. 1a Satz 1 und 2 Halbsatz 1 der Thüringer Kommunalordnung in der Fassung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2005 (GVBl. S. 446), des § 7 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 des Verkündungsgesetzes vom 30. Januar 1991 (GBl. S. 2), des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 6 des Gesetzes vom 12. Juli 2006 (BGBl. I S. 1466), des § 70 Abs. 5 Satz 1 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung in der Fassung vom 28. September 1988 (BGBl. I S. 1793), zuletzt geändert durch Artikel 473 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407), und des § 15 des Kraftfahrersachverständigengesetzes vom 22. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2086), zuletzt geändert durch Artikel 291 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) verordnet die Landesregierung:

§ 1

Übertragung von Ermächtigungen und Zuständigkeiten nach dem Straßenverkehrsgesetz

(1) Die der Landesregierung übertragene Ermächtigung zum Erlass von Gebührenordnungen

1. nach § 6a Abs. 6 Satz 2 für Parkgebühren und
2. nach § 6a Abs. 7 in Verbindung mit Abs. 6 Satz 2 für die Benutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im Sinne des § 6 Abs. 1 Nr. 13

wird den Gemeinden übertragen. Die Gemeinden erfüllen diese Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis.

(2) Zuständige Behörde für die außerordentliche Tilgung von Eintragungen im Bundeszentralregister nach § 29 Abs. 3 Nr. 2 ist das Landesverwaltungsamt.

§ 2

Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrs-Ordnung

(1) Zuständige oberste Landesbehörde ist das für Verkehrsrecht zuständige Ministerium.

(2) Zuständige höhere Verwaltungsbehörde ist das Landesverwaltungsamt.

(3) Zuständige Straßenverkehrsbehörden nach § 44 Abs. 1 Satz 1 sind, soweit in den Absätzen 4 und 8 nichts anderes bestimmt ist,

1. für Bundesautobahnen das Landesamt für Straßenbau,
2. für sonstige Straßen
 - a) die kreisfreien Städte und die Großen kreisangehörigen Städte,
 - b) die kreisangehörigen Gemeinden mit über 30 000 Einwohnern,
 - c) die nach Absatz 6 durch Rechtsverordnung bestimmten Gemeinden,
 - d) im Übrigen die Landkreise
 jeweils im übertragenen Wirkungskreis.

Die Festlegung der maßgeblichen Einwohnerzahl nach Satz 1 Nr. 2 Buchst. b erfolgt entsprechend § 43 Abs. 2 Satz 2 und 3 des Thüringer Straßengesetzes (ThürStrG).

(4) Zuständige Straßenverkehrsbehörden für die Erteilung von Erlaubnissen nach § 29 Abs. 3 und die Genehmigung von Ausnahmen sind nach § 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5

1. das Landesverwaltungsamt, soweit der Verkehr mit diesen Fahrzeugen und Zügen über das Gebiet eines Landkreises hinausgeht,
2. a) die kreisfreien Städte und die Großen kreisangehörigen Städte,
b) die kreisangehörigen Gemeinden mit über 30 000 Einwohnern,
c) die nach Absatz 6 durch Rechtsverordnung bestimmten Gemeinden,
d) im Übrigen die Landkreise, soweit sich der Verkehr mit diesen Fahrzeugen und Zügen auf das Gebiet eines Landkreises beschränkt,

jeweils im übertragenen Wirkungskreis.

Die Festlegung der maßgeblichen Einwohnerzahl nach Satz 1 Nr. 2 Buchst. b erfolgt entsprechend § 43 Abs. 2 Satz 2 und 3 ThürStrG.

(5) Einer Gemeinde mit über 10 000 Einwohnern und höchstens 30 000 Einwohnern soll auf Antrag die Aufgabe der Straßenverkehrsbehörde nach der Straßenverkehrs-Ordnung für alle Straßen mit Ausnahme der Bundesstraßen übertragen werden, wenn die Aufgabenwahrnehmung durch die Gemeinde keine höheren Kosten verursacht, als nach der Verordnung über die Auftragskostenpauschale nach § 23 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes in der für das jeweilige Haushaltsjahr geltenden Fassung für diese Aufgabe an die Landkreise erstattet werden. Die Gemeinde hat das Vorliegen dieser Voraussetzung ebenso wie das Einvernehmen des Landkreises zu der Aufgabenübertragung nachzuweisen. Die als Straßenverkehrsbehörde anerkannte Gemeinde nimmt diese Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis wahr.

(6) Dem für Verkehrsrecht zuständigen Ministerium wird die Ermächtigung übertragen, durch Rechtsverordnung zu bestimmen, welche Gemeinden Straßenverkehrsbehörden nach Absatz 5 sind.

(7) Die der Gemeinde übertragene Zuständigkeit als Straßenverkehrsbehörde wird entzogen, sobald eine der in Absatz 5 genannten Voraussetzungen nicht mehr gegeben ist.

(8) Zuständige Stelle nach § 46 Abs. 2 Satz 1 ist für die Genehmigung von Ausnahmen

1. nach § 18 Abs. 2, 8 und 10, § 33 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und Satz 2, soweit die Bundesautobahnen betroffen sind, das Landesamt für Straßenbau,
2. im Übrigen das Landesverwaltungsamt.

(9) Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 49 ist jeweils die Behörde, die für die Ausführung der Bestimmung zuständig ist, gegen welche verstoßen wurde, soweit nicht nach der Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten vom 21. April 1998 (GVBl. S. 149) in der jeweils geltenden Fassung andere Behörden zuständig sind.

§ 3

Zuständigkeit nach der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung

(1) Zuständige oberste Landesbehörde ist das für Verkehrsrecht zuständige Ministerium.

(2) Das Landesverwaltungsamt ist

1. höhere Verwaltungsbehörde nach § 68 Abs. 1 und
2. zuständige Behörde oder Stelle
 - a) für die Anerkennung nach § 57d Abs. 4,
 - b) für die Aufsicht über die Inhaber der Anerkennung nach § 57d Abs. 9,
 - c) für die Erteilung von Ausnahmen nach § 70 Abs. 1 Nr. 2,
 - d) für die Meldung nach Anlage VIII Nr. 4.1 Satz 2 und 3,
 - e) für die Anerkennung und die Aufsicht nach Anlage VIIIb Nr. 1 und 9.1,
 - f) für die Meldung und Aufsicht nach Anlage VIIIc Nr. 7.2 und 8.2,
 - g) für die Genehmigung nach Anlage IXa Nr. 6 Satz 1,
 - h) für die Anerkennung, für die Meldung und für die Aufsicht nach Anlage XVIIa Nr. 7.1 siebenter Anstrich, Nr. 7.2 und 8.2,
 - i) für die Anerkennung nach Anlage XVIIIc Nr. 1.1 und
 - j) für die Meldung und die Aufsicht nach Anlage XVIIId Nr. 8.2, 9.1 und 9.2.

(3) Zuständige untere Verwaltungsbehörden nach § 68 Abs. 1 Satz 1 sind die Landkreise und kreisfreien Städte jeweils im übertragenen Wirkungskreis.

(4) Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 69a ist jeweils die Behörde, die für die Ausführung der Bestimmungen zuständig ist, gegen welche verstoßen wurde, soweit nicht nach der Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten andere Behörden zuständig sind.

(5) Soweit nach § 70 Abs. 2 die oberste Straßenbaubehörde anzuhören ist, ist das Landesamt für Straßenbau zuständig.

(6) Die örtlich zuständige Kraftfahrzeuguinung ist zuständig

1. für die Überprüfung der Einhaltung der geltenden Vorschriften durch die Untersuchungsstellen nach Anlage VIII Nr. 4.3,
2. für die Anerkennung von Kraftfahrzeugwerkstätten zur Durchführung von Sicherheitsprüfungen nach Anlage VIIIc Nr. 1.1,
3. für die Prüfung nach Anlage VIIIc Nr. 8.1 Satz 2,
4. für die Überprüfung nach Anlage XVII Nr. 3.2,
5. für die Anerkennung von Kraftfahrzeugwerkstätten und die Überprüfung nach Anlage XVIIa Nr. 1.1 und 8.1 Satz 2 und
6. für die Anerkennung von Kraftfahrzeugwerkstätten nach Anlage XVIIId Nr. 1.1.

Die Fachaufsicht wird durch das Landesverwaltungsamt ausgeübt.

§ 4

Zuständigkeiten nach der Fahrerlaubnis-Verordnung

(1) Zuständige Behörden sind

1. das für Verkehrsrecht zuständige Ministerium als oberste Landesbehörde,

2. das Landesverwaltungsamt als höhere Verwaltungsbehörde,
3. die Landkreise und kreisfreien Städte jeweils im übertragenen Wirkungskreis als untere Verwaltungsbehörden (Fahrerlaubnisbehörden), soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist.

(2) Das für das öffentliche Gesundheitswesen zuständige Ministerium ist zuständig für die Fachaufsicht über die Tätigkeiten des Landesverwaltungsamtes nach § 68 Abs. 1 und 2 Satz 6.

(3) Das Landesverwaltungsamt ist zuständige Behörde

1. für die Anerkennung von Kursleitern für besondere Aufbau-seminare nach § 36 Abs. 6 Satz 1,
2. für die Anerkennung von Begutachtungsstellen für Fahreignung nach § 66 Abs. 1,
3. für die Anerkennung von Sehteststellen nach § 67 Abs. 1, 3 Satz 4 und Abs. 4 Satz 2,
4. für die Anerkennung von und die Aufsicht über Stellen für die Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen und die Ausbildung in Erster Hilfe nach § 68 Abs. 1 und 2 Satz 6,
5. für die Anerkennung von Kursen zur Wiederherstellung der Kraftfahreignung nach § 70 Abs. 1,
6. für die Rücknahme und den Widerruf der Anerkennung der verkehrspsychologischen Berater nach § 71 Abs. 5 Satz 1 und
7. für die Genehmigung von Ausnahmen nach § 74 Abs. 1 Nr. 1, ausgenommen Ausnahmegenehmigungen von der Ausweispflicht für das Führen von Kraftfahrzeugen nach § 4 Abs. 2, dem Mindestalter nach § 10 Abs. 1 und der Prüfungsregelung nach § 18 Abs. 1 Satz 1.

Das Landesverwaltungsamt kann im Benehmen mit der obersten Kommunalaufsichtsbehörde im Einzelfall Entscheidungen über Ausnahmegenehmigungen an die Landkreise und kreisfreien Städte jeweils im übertragenen Wirkungskreis überweisen.

(4) Die Landkreise und kreisfreien Städte sind jeweils im übertragenen Wirkungskreis zuständige Behörde

1. für die Genehmigung von Ausnahmen nach § 74 Abs. 1 Nr. 1 von der Ausweispflicht für das Führen von Kraftfahrzeugen nach § 4 Abs. 2, von dem Mindestalter nach § 10 Abs. 1 und von der Prüfungsregelung in § 18 Abs. 1 Satz 1 und
2. für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 75, soweit nicht nach der Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten andere Behörden zuständig sind.

(5) Die Technische Prüfstelle ist die prüfende Stelle nach § 5 Abs. 1 Satz 3.

§ 5

Zuständigkeiten nach der Verordnung zur Sicherstellung des Straßenverkehrs vom 23. September 1980 (BGBl. I S.1795) in der jeweils geltenden Fassung

(1) Zuständige oberste Landesbehörde ist das für Verkehrsrecht zuständige Ministerium.

(2) Zuständige höhere Verwaltungsbehörde und höhere Verkehrsbehörde ist das Landesverwaltungsamt.

(3) Zuständige untere Straßenverkehrsbehörden und untere Verkehrsbehörden sind die Landkreise und kreisfreien Städte jeweils im übertragenen Wirkungskreis.

§ 6

Zuständigkeiten nach der Ferienreiseverordnung vom 13. Mai 1985 (BGBl. I S. 774) in der jeweils geltenden Fassung

Zuständige Behörden nach § 4 Abs. 1 und 3 Satz 1 sind

1. die kreisfreien Städte und die Großen kreisangehörigen Städte,
 2. die kreisangehörigen Gemeinden mit über 30 000 Einwohnern,
 3. die nach § 2 Abs. 6 dieser Verordnung durch Rechtsverordnung bestimmten Gemeinden,
 4. im Übrigen die Landkreise
- jeweils im übertragenen Wirkungskreis. Die Festlegung der maßgeblichen Einwohnerzahl nach Satz 1 Nr. 2 erfolgt entsprechend § 43 Abs. 2 Satz 2 und 3 ThürStrG.

§ 7

Zuständigkeiten nach dem Kraftfahrtsachverständigengesetz

Zuständige Behörde nach § 15 Nr. 1 bis 3 ist das Landesverwaltungsamt.

§ 8

Zuständigkeiten nach der Fahrzeug-Zulassungsverordnung vom 25. April 2006 (BGBl. I S. 988) in der jeweils geltenden Fassung

(1) Zuständige oberste Landesbehörde nach § 47 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ist das für Verkehrsrecht zuständige Ministerium.

(2) Das Landesverwaltungsamt ist zuständige Stelle

1. für die Anordnung von Übermittlungssperren nach § 43 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1,
2. für Weisungen und Zustimmung nach § 46 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 3 sowie
3. für Ausnahmen nach § 47 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1.

(3) Zuständige untere Verwaltungsbehörde nach § 46 Abs. 1 Satz 1 sind die Landkreise und kreisfreien Städte jeweils im übertragenen Wirkungskreis.

(4) Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 48 ist jeweils die Behörde, die für die Ausführung der Bestimmung zuständig ist, gegen welche verstoßen wurde, soweit nicht nach der Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten andere Behörden zuständig sind.

§ 9

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. März 2007 in Kraft und mit Ablauf des 29. Februar 2012 außer Kraft. Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten nach Satz 1 treten

1. die Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen und über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts vom 14. September 1999 (GVBl. S. 565), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. Mai 2006 (GVBl. S. 238), und

2. die Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Kraftfahrersachverständigenwesens vom 9. September 1993 (GVBl. S. 606) außer Kraft.

Erfurt, den 13. Februar 2007

Die Landesregierung

Der Ministerpräsident

Der Minister für Bau
und Verkehr

Dieter Althaus

Trautvetter

**Thüringer Verordnung
über Zuständigkeiten nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
(ThürBEEGZVO)
Vom 13. Februar 2007**

Aufgrund des § 12 Abs. 1 Satz 1 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I. S. 2748), des § 7 Abs. 2 Satz 1 des Verkündungsgesetzes vom 30. Januar 1991 (GBl. S. 2) und des § 3 Abs. 1a Satz 1 und 2 Halbsatz 1 und des § 88 Abs. 1a Satz 1 und 2 Halbsatz 1 der Thüringer Kommunalordnung in der Fassung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2005 (GVBl. S. 446), verordnet die Landesregierung:

- (2) Fachaufsichtsbehörde ist das Landesverwaltungsamt.

§ 2
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft.

Erfurt, den 13. Februar 2007

Die Landesregierung

Der Ministerpräsident

Der Minister für Soziales,
Familie und Gesundheit

Dieter Althaus

Klaus Zeh

§ 1
Zuständigkeiten

(1) Zuständige Behörden für die Ausführung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes sind die Landkreise und kreisfreien Städte jeweils im übertragenen Wirkungskreis.

**Thüringer Verordnung
über die Erprobung des "Begleiteten Fahrens ab 17 Jahre"
Vom 19. Januar 2007**

Aufgrund des § 6e Abs. 2 Satz 1 des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1958), verordnet die Landesregierung:

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. März 2007 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2010 außer Kraft.

Erfurt, den 19. Januar 2007

Die Landesregierung

Der Ministerpräsident

Der Minister für
Bau und Verkehr

Dieter Althaus

Trautvetter

Von der Möglichkeit, eine Fahrerlaubnis der Klassen B und BE nach Maßgabe der nach § 6e Abs. 1 des Straßenverkehrsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung zu erteilen, wird Gebrauch gemacht.

**Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags über die Veränderung der Grund-
und der Aufwandsentschädigung mit Wirkung vom 1. November 2006
Vom 30. Januar 2007**

§ 26 des Thüringer Abgeordnetengesetzes (ThürAbgG) in der Fassung vom 9. März 1995 (GVBl. S. 121), das zuletzt durch Gesetz vom 2. Mai 2005 (GVBl. S. 169) geändert worden ist, regelt das Verfahren der Anpassung der Abgeordnetenentschädigungen. Danach hat das Landesamt für Statistik dem Präsidenten des Landtags die für die Anpassung der Grund- und der Aufwandsentschädigungen maßgebenden Entwicklungsraten am Anfang eines jeden Jahres mitzuteilen. Dieser unterrichtet danach den Landtag in einer Drucksache und die Öffentlichkeit im Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen hierüber sowie über die sich daraus ergebenden Veränderungen der Grund- und der Aufwandsentschädigungen. Sie treten mit Wirkung vom 1. November des der Bekanntgabe vorausgehenden Jahres in Kraft.

Die Mitteilung ist mit Schreiben des Präsidenten des Landesamtes für Statistik vom 18. Januar 2007 erfolgt. In diesem Schreiben werden die Einkommensentwicklungsraten mit 1,1 vom Hundert und die Preisentwicklungsraten mit 1,4 vom Hundert beziffert.

Hieraus ergeben sich mit Wirkung vom 1. November 2006 folgende Veränderungen der Grund- und der Aufwandsentschädigungen:

1. Die Grundentschädigung nach § 5 Abs. 1 ThürAbgG

erhöht sich	um	48,55 Euro	auf	4 461,89 Euro.
-------------	----	------------	-----	----------------

2. Die Aufwandsentschädigung nach § 6 Abs. 2 Satz 1

Nr. 1 ThürAbgG

erhöht sich	um	15,53 Euro	auf	1 124,91 Euro;
-------------	----	------------	-----	----------------

Nr. 2 ThürAbgG

erhöht sich	um	4,85 Euro	auf	351,54 Euro;
-------------	----	-----------	-----	--------------

Nr. 3 ThürAbgG

erhöht sich bei einer Entfernung

von bis zu	20 km	um	2,91 Euro	auf	210,92 Euro,
von bis zu	40 km	um	4,85 Euro	auf	351,54 Euro,
von bis zu	60 km	um	6,31 Euro	auf	457,00 Euro,
von bis zu	80 km	um	7,77 Euro	auf	562,45 Euro,
von bis zu	100 km	um	9,22 Euro	auf	667,91 Euro,
von bis zu	120 km	um	10,68 Euro	auf	773,37 Euro
und ab	120 km	um	12,13 Euro	auf	878,85 Euro.

3. Die Aufwandsentschädigung nach § 6 Abs. 3 Satz 1 und 2

erhöht sich bei einer Entfernung

von bis zu	20 km	um	4,68 Euro	auf	339,08 Euro,
von bis zu	40 km	um	5,11 Euro	auf	370,26 Euro,
von bis zu	60 km	um	5,44 Euro	auf	393,66 Euro,
von bis zu	80 km	um	5,76 Euro	auf	417,04 Euro,
von bis zu	100 km	um	6,08 Euro	auf	440,42 Euro,
von bis zu	120 km	um	6,40 Euro	auf	463,80 Euro
und ab	120 km	um	6,73 Euro	auf	487,19 Euro.

Erfurt, den 30. Januar 2007
Die Präsidentin des Landtags
Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski

* Hinweis des Herausgebers: Das Schreiben des Präsidenten des Landesamtes für Statistik vom 18. Januar 2007 nebst Anlage ist in der Drucksache 4/2671 des Thüringer Landtags vom 30. Januar 2007 veröffentlicht.

**Bekanntmachung
über
das Außerkrafttreten des Staatsvertrages
über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Stiftung Kulturfonds
Vom 19. Dezember 2006**

Aufgrund des Artikels 17 Abs. 3 des Staatsvertrages über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Stiftung Kulturfonds

vom 5. April 1995 (GVBl. S. 337) wird bekannt gemacht, dass der Staatsvertrag am 3. März 2006 außer Kraft getreten ist.

Erfurt, den 19. Dezember 2006
Der Kultusminister
Goebel

**Entscheidung
des Thüringer Oberverwaltungsgerichts**

Aus dem Urteil des Thüringer Oberverwaltungsgerichts vom 25. September 2006 - 1 N 840/05 - wird die Entscheidungsformel veröffentlicht:

Die vorstehende Entscheidungsformel ist nach § 47 Abs. 5 Satz 2 Verwaltungsgerichtsordnung allgemein verbindlich.

Erfurt, den 16. Januar 2007

Die Erste Verordnung zur Änderung der Thüringer Lehr- und Lernmittelverordnung vom 4. Mai 2005 (GVBl. S. 211) ist unwirksam.

Der Kultusminister

Goebel

**Bekanntmachung
über
das Inkrafttreten des Staatsvertrages zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen zur
Änderung des Staatsvertrages über die Bildung einer gemeinsamen
Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen
Vom 24. Januar 2007**

Aufgrund § 2 Abs. 2 des Thüringer Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen in der Fassung der Änderung vom 29. April

2002 vom 21. Dezember 2006 (GVBl. S. 708) wird hiermit bekannt gemacht, dass der Staatsvertrag am 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist.

Erfurt, den 24. Januar 2007
Die Präsidentin des Landtags
Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski

Herausgeber und Verleger: Thüringer Landtag.

Druck: Gebr. Frank KG, 07545 Gera. Erscheinungsweise nach Bedarf.

Verantwortlich für den Inhalt:

1. Der Thüringer Landtag für die Gesetze.

2. Die Thüringer Staatskanzlei für die Rechtsverordnungen der Landesregierung, der Minister und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bezugsbedingungen: Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Bezugspreis im Abonnement jährlich 43,46 Euro. Abbestellungen für das nächste Kalenderjahr müssen bis spätestens 1. November der Landtagsverwaltung vorliegen. Auslieferung von Einzelstücken durch die Landtagsverwaltung. Preis je Doppelseite: 0,15 Euro zuzügl. Versandkosten. Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Herausgabe des Gesetz- und Verordnungsblattes hoheitliche Tätigkeit ist.

Postanschrift: Verwaltung des Thüringer Landtags, 99096 Erfurt, Jürgen-Fuchs-Straße 1, Tel.: (0361) 3772066, Fax: (0361) 3772016